

Fraktionsgeschäftsstelle

Friedrich-Ebert-Straße 46
46535 Dinslaken

Telefon: 02064 / 77 57 380

Telefax: 02064 / 77 57 381

Mail: buero@linksfraktion-kreiswesel.de

www.linksfraktion-kreiswesel.de

An den
Landrat des Kreises Wesel
Herrn Dr. Ansgar Müller
Kreishaus
Reeser Landstraße 31
46483 Wesel

Dinslaken (Kreis Wesel), den 19.06.2019

Antrag zur Sitzung des Kreisausschusses am 4. Juli und des Kreistages am 11. Juli 2019 Sachstandsbericht zu aktuellen Rheinverschmutzung durch einen Ölfilm

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Müller,

zur oben genannten Sitzung stellt die Fraktion DIE LINKE folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, noch in der Sitzung einen umfassenden Sachstandsbericht zur Ölfilm-Verschmutzung des Rheins bei Möllen zu geben. Der Tagesordnungspunkt „Rheinverschmutzung“ wird zudem auf die Tagesordnung gesetzt, um aktuelle Anträge zum Thema beschließen zu können, falls notwendig.

Begründung:

Der öffentlichen Berichterstattung ist zu entnehmen, dass die Analyse-Ergebnisse zu den Ölfilm-Verschmutzungen auf dem Rhein (bei Möllen) in der kommenden Woche erwartet werden können. Die Kreisverwaltung kann hierzu auch bei der Bezirksregierung umfassende Informationen einholen. Insbesondere ist zu klären, wer Verursacher der Verschmutzungen war, welche Konsequenzen der Verursacher zu tragen hat, welche ökologischen Folgen der Ölfilm hat und welche Maßnahmen ergriffen wurden und werden, um den Schaden zu begrenzen und Wiederholungsfälle auszuschließen.

„Ob Flora und Fauna im Fluss durch die inzwischen vier bekannten Vorfälle geschädigt worden sind, werde derzeit aber nicht konkret untersucht, erklärt die Behörde.“ Berichtet die RP am 19.06.2019 über eine Stellungnahme der Bezirksregierung. Diese Aussage irritiert uns, weil für DIE LINKE der Schutz von Flora und Fauna entlang des Rheins ein wichtiges Anliegen ist.

Wichtig zu erfahren ist auch, ob die öffentlichen Vermutungen, dass das ehemalige STEAG-Kraftwerk Voerde mit den Verschmutzungen in Zusammenhang stehen, sich bestätigen und wer Kostenträger für die derzeit stattfindenden Untersuchungen und ggf. weitere Maßnahmen ist. Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler die Kosten für die Beseitigung und Untersuchung von Umweltverschmutzungen tragen muss, die von Unternehmen verursacht wurden.

Mit freundlichen Grüßen



Sascha H. Wagner
Fraktionsvorsitzender